



## Bundesparteitag der SPD 2021

Antrag des Ortsvereins Laage (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

### **Wir treten der ausufernden Aufrüstungsspirale entschieden entgegen. Das NATO-Zwei-Prozent-Ziel – egal zu welchem Zeitpunkt – lehnen wir ab.**

Eine Sicherheits- und Friedensstrategie für Deutschland in Zeiten sich verändernder geo-strategischer Interessen verlangt ein „Denken ohne Geländer“. Das NATO-Ziel „zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Militärausgaben“ ist dafür zu pauschal und falsch.

Die aktuell 30 NATO-Mitgliedstaaten repräsentieren knapp eine Milliarde Menschen, gut die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung und 50 Prozent der weltweiten militärischen Fähigkeiten. Gemeinsam verfügen sie über ein Militärbudget von 1,174 Billionen Dollar (2021), knapp 70 Prozent davon steuern die USA bei. Das gesamte NATO-Budget ist damit größer als die Summe des BIP von 105 der weltweit 205 Staaten. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe sind etwa 180 atomare Sprengköpfe des US-Militärs in vier europäischen NATO-Staaten und der Türkei stationiert. Von politischer Einigkeit und Prioritätensetzung ist die NATO aktuell jedoch weit entfernt. Ein Grund ist u.a. das im Jahr 2014 bekräftigte Ziel, bis 2024 mindestens zwei Prozent des BIP jährlich in Militärausgaben zu investieren. Ursprünglich als Stärkung der politischen Bindekraft zwischen den Verbündeten gedacht, führt diese pauschale Verpflichtung in der Realität zu Dauerstreit über Geld und Lastenteilung.

Dennoch erhöhten Kanada und die europäischen NATO-Kräfte seit 2014 ihre nationalen Militärbudgets um über 200 Milliarden Dollar. Bisher sind dadurch weder die innere Kohäsion der NATO noch die Einsatzfähigkeit der NATO-Streitkräfte spürbar verbessert worden. Als Beispiel dafür, dass Geld allein nicht automatisch zu einer besseren Performance führt, sei an die letzten Tage des Rückzugs der NATO aus Afghanistan im August 2021 erinnert.

Auch die Bundesregierung – unter Beteiligung der SPD – stockte die deutschen Militärausgaben zwischen 2014 und 2020 um fast 35 Prozent auf über 51 Milliarden Euro auf. Zum Vergleich: der Regelsatz beim Arbeitslosengeld II für Alleinstehende und Alleinerziehende stieg im gleichen Zeitraum um 10,5 Prozent. Bereits aus heutiger Sicht wird Deutschland die NATO-Vereinbarung bis 2024 nicht erreichen können. Als neues Ziel wurde daher das Jahr 2031 formuliert. Die NATO verlangt zudem von ihren Mitgliedern, jeweils 20 Prozent ihrer militärischen Ausgaben in Rüstung zu investieren. Die Bundeswehr kann aber bereits jetzt nur auf eine Investitionsquote von 17 Prozent verweisen. Selbst wenn der deutsche Militärhaushalt weiter in Richtung zwei Prozent ansteigen sollte, bleibt die NATO-Investitionsquote auf Grund der jährlich steigenden Bundeswehr-Betriebskosten unerreichbar.

Zusätzlich hat sich Deutschland im Rahmen der 2017 vereinbarten EU-Verteidigungsinitiative PESCO zu weiteren regelmäßigen Erhöhungen seiner Militärausgaben verpflichtet. Die gesamten deutschen Militärausgaben werden also deutlich drastischer ansteigen, als sie bereits jetzt über das NATO-Zwei-Prozent-Ziel formuliert sind. Mit ihren Zusagen an künftigen Militärausgaben hat sich die Bundesregierung damit völlig übernommen! Die hierfür notwendigen Steigerungen sind astronomisch. Sie stehen überdies in keinem Verhältnis zu den notwendigen und zukunftsbestimmenden Investitionen in Bildung, wirtschaftliche Innovationen, Gesundheitsversorgung und Klimaschutz, die unser Land stattdessen dringend benötigt.

Wir wollen ein Leben in Freiheit bewahren – auch für künftige Generationen. Freiheit, das heißt für uns: miteinander zu handeln, sich miteinander auszutauschen, miteinander die Welt zu gestalten. Dazu bedarf es keiner pauschalen Forderungen nach einem Mehr an Rüstungsproduktion! Forderungen nach weiteren Militärausgaben in Milliardenhöhe, erscheinen in Zeiten der fundamentalen Herausforderungen für die Welt – gerade durch die Folgen der Covid-19-Pandemie – noch wirklichkeitsfremder als zuvor. Zukünftige Generationen werden uns nicht an militärischer Stärke messen, sondern daran, ob wir in der Lage waren, Konflikte nicht-militärisch gelöst zu haben.

***Deshalb tritt die SPD der weltweit ausufernden Aufrüstungsspirale entschieden entgegen. Das NATO-Zwei-Prozent-Ziel – egal zu welchem Zeitpunkt – lehnen wir auf Grund seiner fehlenden Steuerungswirkung vollständig ab. Die Modernisierung der Bundeswehrausrüstung darf sich nur im Rahmen der allgemeinen Haushaltssteigerung bewegen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass künftige Spielräume im Bundeshaushalt für friedensfördernde Maßnahmen und nicht für militärische Investitionen verwendet werden. Zudem wird die SPD darauf achten, dass im Rahmen der verstärkten europäischen Militär- und Rüstungszusammenarbeit (PESCO) keine Aufrüstung des europäischen NATO-Pfeilers intensiviert wird.***

Bereits jetzt sichern sich die EU-Mitglieder durch den Artikel 42.7 des Lissabonner Vertrags untereinander „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“ im Falle eines bewaffneten Angriffs zu. Damit diese Hilfe effizient und effektiv wirken kann, muss zunächst die Zusammenarbeit verbessert werden.

***Vor dem Hintergrund des vollständigen Abzugs internationaler und deutscher Militärs aus Afghanistan im August 2021, wird sich die SPD außerdem dafür einsetzen, dass das Ziel der ehemaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die Bundeswehr – ohne ein tragfähiges Zukunftskonzept – von 180.000 auf 200.000 Männer und Frauen aufzustocken, zurückgenommen wird.*** Allein diese zusätzlichen Personalkosten betragen ansonsten jährlich gut zwei Milliarden Euro.